



#dieschmidt

der newsletter

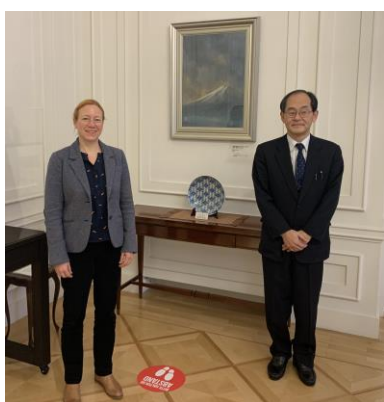
28.01.2021

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

*“Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. **Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.**” – Martin Niemöller*

Am Mittwoch haben wir in einer Gedenkstunde im Bundestag den Opfern der Shoa gedacht. Vor 76 Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Der Gedenktag erinnert und ermahnt uns jedes Jahr zugleich, welchen Schrecken der Nationalsozialismus über unser Land und die ganze Welt gebracht hat.

Die Pandemie zeigt, wie wichtig eine gute medizinisch-technische Versorgung auf Intensivstationen - aber nicht nur dort - ist. Die Menschen, die in der technischen Medizin arbeiten, sind nicht nur Assistentinnen und Assistenten, sondern kompetente Fachkräfte. Deswegen werden sie in Zukunft medizinische Technologin und medizinischer Technologe im entsprechenden Beruf, wie zum Beispiel in der Radiologie heißen. Mit Ihrer Erfahrung helfen sie jeden Tag bei der Gesundheitsversorgung und retten Leben. Damit dies so bleibt, muss nicht nur der Name, sondern der Beruf insgesamt attraktiver werden. Wie bereits bei der Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege schaffen wir auch hier endgültig das Schulgeld ab und sorgen für einen anständigen Azubiloohn. Wir möchten junge Menschen überzeugen, sich für diesen wichtigen Beruf zu entscheiden. Darüber hinaus sorgen wir für Rechtssicherheit für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter. Bisher konnten sie ihr lebensrettendes Wissen nur auf Anweisung eines Notarztes oder einer Notärztin anwenden. Nun können sie eigenverantwortlich lebensrettende Maßnahmen ergreifen, ohne gegebenenfalls Strafen fürchten zu müssen.



In der vergangenen Woche gab es wieder viele spannende Termine in meinem Wahlkreis: Mit Bernd Heine habe ich in Waldsolms über die Ausweitung der Taunusbahn gesprochen ([zu meinem Video geht es hier...](#)), in Lahnau habe ich mit Wolfgang Schuster, Cirsten Kunz, Stephan Grüger und vielen anderen das Impfzentrum besucht und mich über den dortigen Ablauf informiert, mit meinem Kollegen Bernhard Daldrup haben wir gemeinsam in einer Online-Veranstaltung darüber gesprochen, wie der Bund die Kommunen in Zukunft noch besser unterstützen wird und welche Herausforderungen die Kommunen gerade bewältigen müssen. Und auch in Berlin standen wieder viele Termine an. So habe ich mit dem Botschafter von Japan über das Verhältnis von Deutschland und Japan gesprochen. In meiner Rede zu einem Antrag der Linken habe ich deutlich gemacht, dass wir auch für Selbstständige ein einheitliches, verlässliches und solidarisches

Versicherungssystem brauchen. ([Hier geht es zu meiner ganzen Rede...](#))

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Für gerechte Handelspraktiken in der Landwirtschaft



Gerade bei uns gibt es viele kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe vor Ort sind es, die unsere gesunde Ernährung sicherstellen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir diese im Wettbewerb mit großen Konkurrenten stärken und sie von ihrer Arbeit gut leben können. Mit dem in dieser Woche in erster Lesung beratenen Gesetz setzen wir in erster Linie ein Anliegen der EU um und verbieten Praktiken, die zum Nachteil von kleinen Betrieben sind. Zum Beispiel dürfen zukünftig keine Lagerkosten von Käuferinnen und Käufern auf

Lieferantinnen und Lieferanten umgewälzt werden und die Rückgabe von nicht verkauften Erzeugnissen wird verboten. Für uns geht dies noch nicht weit genug. Deshalb machen wir uns in den parlamentarischen Beratungen dafür stark, dass es in Zukunft keine Listungsgebühren – also Gebühren für Produzierende, damit deren Produkte in das Sortiment eines Handelsbetriebs aufgenommen wird – mehr geben wird und, dass eine zentrale Stelle geschaffen wird, an die sich Benachteiligte wenden können.

Für den Schutz von Wäldern



Viele Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Forstwirtschaft vor Ort zeigten, dass auch bei uns Auswirkungen des Klimawandels die Wälder massiv unter Druck setzen. Durch Trockenphasen oder auch den Befall des Borkenkäfers sind viele Schäden entstanden, die sich langfristig auf unseren Wald auswirken. Neben vielen Förderprogrammen setzen wir mit dem in dieser Woche beratenen Gesetzentwurf Änderungen für Jägerinnen und Jäger und Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer um. In Zukunft sollen sich beide Seiten auf einen Mindest- und Höchststabschuss für Rehwild verständigen. Denn für eine gesunde Naturverjüngung ist auch wichtig, dass neue Anpflanzungen vor Wildverbiss geschützt werden. Zudem vereinheitlichen wir die Anforderungen an Büchsenmunition bundesweit, da vor allem das enthaltene Blei für Menschen und Tiere gefährlich ist.

Für Kinder und Jugendliche



Kinder und Jugendliche, die in prekären Verhältnissen aufwachsen, müssen individuell besser unterstützt und begleitet werden. Mit einem Gesetzentwurf haben wir wichtige Verbesserungen auf den Weg gebracht. Zum einen wird der Leitgedanke der Inklusion fest in der Jugendhilfe verankert. Leistungsträger, wie beispielsweise die Jugend- und Sozialämter der Städte und Gemeinden müssen in Zukunft enger mit der Jugendhilfe und z.B. der Arbeitsagentur zusammenarbeiten. Dadurch wird es für Kinder und Jugendliche mit Behinderung leichter ihre

Rechte zu verwirklichen und die Leistungen zu erhalten, die ihnen zustehen. Ab 2024 werden zudem Eltern dadurch unterstützt, dass sie durch eine Verfahrenslotsin oder einen Verfahrenslotsen durch das gesamte Verfahren begleitet werden. Wir wollen einen Sozialstaat, der einfach hilft und als Partner hilft. Zum anderen werden junge Menschen, die in Einrichtungen oder Pflegefamilien aufwachsen, gerechter behandelt. Wenn sie einen Nebenjob ausüben, können sie in Zukunft 75 Prozent ihres Einkommens behalten, statt wie bisher nur 25 Prozent.

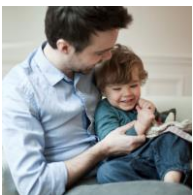
Für Mieterinnen und Mieter



Auch bei uns sind Mieten und Grundstückspreise in den letzten Jahren massiv angestiegen. Besonders extrem wird dies allerdings in den Ballungsräumen und Großstädten deutlich. Für uns ist klar: Wohnen darf kein Luxus sein und muss auch für Menschen mit geringerem Einkommen ausreichend zur Verfügung stehen. Um hier Abhilfe zu schaffen, haben wir lange mit der Union um die Änderung des Baugesetzbuches gerungen. In Zukunft wird es schwieriger, bezahlbare Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern in teure Eigentumswohnungen umzuwandeln. Denn

das bedeutet für Mieterinnen und Mieter vor allem, dass die Miete aufgrund von Investitionen steigt und sie womöglich sogar aus ihrer Wohnung getrieben werden könnten. Um dennoch auch das private Wohneigentum zu fördern, haben wir schon letztes Jahr beschlossen, dass die Kaufnebenkosten reduziert werden. Maklerprovisionen können seitdem nicht mehr komplett auf den Käufer oder die Käuferin umgewälzt werden. Damit Bodenspekulationen nicht überhand nehmen, können Städte und Gemeinden in Zukunft Eigentümerinnen und Eigentümer von Baugrundstücken verpflichten, auf diesen Wohnungen zu bauen. Kommunen sollen in Zukunft auch festlegen dürfen, dass in Innenstädten nur Wohnungen gebaut werden dürfen, die einen Mindestanteil an sozialem Wohnungsbau beinhalten.

Für ein flexibles Elterngeld



Viele Eltern, vor allem junge, möchten viel Zeit mit ihrem Kind verbringen. Gleichzeitig wollen sie aber auch ihren Beruf und ihre Familie gut organisiert unter einen Hut bringen. Wir sorgen mit dem Elterngeld und dem Partnerschaftsbonus dafür, dass Eltern dabei bestmöglich unterstützt werden. Wir erweitern den Zeitkorridor des Partnerschaftsbonus von derzeit 25-30 auf 24-32 Stunden. Eltern können so flexibler entscheiden, ob sie drei oder vier Tage in der Woche arbeiten wollen. Wir machen das Elterngeld zudem krisensicher: Eltern, die aufgrund der Pandemie weniger oder mehr

arbeiten als geplant, erhalten trotzdem die normale Höhe des Elterngelds. Der Partnerschaftsbonus wird für diese auch nicht entfallen und muss nicht zurückgezahlt werden.